



**Bedingungen für die Ausschreibung zum Verkauf und der Lieferung
von Verbrauchsgasmengen
für die OPAL Gastransport GmbH & Co. KG, Kassel**

(im Folgenden „VG-AUSSCHREIBUNGSBEDINGUNGEN“ genannt)

Inhaltsverzeichnis:

Präambel

- § 1 Gegenstand der VG-AUSSCHREIBUNGSBEDINGUNGEN
- § 2 Präqualifikationsphase
- § 3 Ausschreibungs- und Bieterphase
- § 4 Vergabephase
- § 5 Informationspflichten
- § 6 Vertraulichkeit
- § 7 Haftung
- § 8 Gültigkeit, Kündigung, Änderungen
- § 9 Sonstiges
- § 10 Definitionen

Präambel

Die OPAL Gastransport GmbH & Co. KG, Kassel (nachstehend „OGT“ genannt), benötigt Verbrauchsgas zum Betrieb des von ihr betriebenen überregionalen Gasfernleitungsnetzes. Diese VG-AUSSCHREIBUNGSBEDINGUNGEN bilden die rechtliche Grundlage für die Teilnahme von Erdgashändlern (nachstehend „VG-VERKÄUFER“ genannt) am Ausschreibungsverfahren der OGT.

§ 1 Gegenstand der VG-AUSSCHREIBUNGSBEDINGUNGEN

- (1) Diese VG-AUSSCHREIBUNGSBEDINGUNGEN regeln insbesondere den Ablauf und die Voraussetzungen der Teilnahme von VG-VERKÄUFERN an der Ausschreibung zum Verkauf, der Lieferung und der bilanziellen Abwicklung von Verbrauchsgasmengen.
- (2) Das Angebot zum Verkauf, der Lieferung und der bilanziellen Abwicklung von Verbrauchsgas erfolgt auf der Grundlage des Rahmenvertrages über den Verkauf, die Lieferung und die bilanzielle Abwicklung von Verbrauchsgasmengen sowie einer Einzelvereinbarung als Anlage zum Rahmenvertrag (im Folgenden „Einzelvereinbarung“ genannt), welche OGT mit dem einen Zuschlag erhaltenden VG-VERKÄUFER schließt. In der Einzelvereinbarung zum Rahmenvertrag wird insbesondere die Verpreisung der zu beschaffenden Verbrauchsgasmengen geregelt. Die tatsächliche Verbrauchsgasmenge wird dann im Bedarfsfall durch Abnahme und auf Basis der durch GASPOOL in einen Bilanzkreis des VG-VERKÄUFERS allokierten Verbrauchsgasmengen gekauft.
- (3) Der VG-VERKÄUFER kann sowohl ein Angebot ohne Mindestverbrauchsgasmenge als auch mit der genannten Mindestverbrauchsgasmenge in Höhe von **500.000 MWh** (nachfolgend „Mindestverbrauchsgasmenge“ genannt) abgeben. Angebote mit einer abweichenden Mindestverbrauchsgasmenge gelten als nicht abgegeben und werden nicht berücksichtigt.
- (4) Das Ausschreibungsverfahren unterteilt sich in Präqualifikationsphase, Ausschreibungs- und Bieterphase sowie Vergabephase.

§ 2 Präqualifikationsphase

- (1) Die Präqualifikationsphase beginnt nach Veröffentlichung dieser VG-AUSSCHREIBUNGSBEDINGUNGEN am 01.11.2017. Sie endet mit der Zulassung gemäß Ziffer (9) Satz 1 oder Ablehnung eines VG-VERKÄUFERS gemäß Ziffer (9) Satz 2 durch OGT. Die Zulassung oder Ablehnung eines VG-VERKÄUFERS bezieht sich auf die Abgabe von Angeboten durch den VG-VERKÄUFER und deren Berücksichtigung bei der Ausschreibung durch OGT innerhalb der Bieterphase.
- (2) Die Präqualifikationsphase kann jederzeit bis zum Ende der Bieterphase am 17.11.2017 durchlaufen werden.
- (3) Eine Zulassung gemäß Ziffer (1) Satz 3 gilt für das Kalenderjahr 2017 für alle in diesem Zeitraum stattfindenden Ausschreibungs- und Bieterphasen, wenn OGT die Zulassung nicht zwischenzeitlich entzieht. Ein solcher Entzug ist jederzeit bei Vorliegen eines wichtigen Grundes oder bei Änderung der Anforderungen an den VG-VERKÄUFER für die Zulassung zur Teilnahme an einem neuen Ausschreibungsverfahren möglich. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn der VG-VERKÄUFER bewusst unwahre Angaben gemacht oder unrichtige Unterlagen eingereicht hat sowie in dem Fall, dass der VG-VERKÄUFER nicht mehr die Voraussetzungen der Präqualifikation erfüllt.



- (4) Eine Ablehnung der Zulassung zur Teilnahme am Ausschreibungsverfahren kann jederzeit bis zum Ende der Bieterphase durch ein erneutes und erfolgreiches Durchlaufen einer Präqualifikationsphase geheilt werden. Voraussetzung für das erneute Durchlaufen einer Präqualifikationsphase ist die nachweisbare Änderung der in der Präqualifikationsphase geprüften Sachverhalte auf Seiten des VG-VERKÄUFERS.
- (5) Um eine Zulassung zu erlangen, reicht der VG-VERKÄUFER die folgenden Unterlagen bei OGT ein:
 - a) Eine schriftliche und unterschriebene Erklärung über den Wunsch des Durchlaufens einer Präqualifikationsphase einschließlich der Erklärung über das vollumfängliche und vorbehaltlose Einverständnis zur Anwendung dieser VG-AUSSCHREIBUNGSBEDINGUNGEN.
 - b) Einen aktuellen Auszug aus dem Handelsregister oder bei ausländischen VG-VERKÄUFERN entsprechende Unterlagen im Original in deutscher oder englischer Sprache, der bzw. die nicht älter als drei Monate sind, eine Gesellschafterliste, sofern der VG-VERKÄUFER oder ein Gesellschafter des VG-VERKÄUFERS die Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) hat und testierte Jahresabschlussunterlagen (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung und Lagebericht) des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres.
 - c) Eine Liste mit Kontaktdaten zur Aufnahme der für die operative Abwicklung notwendigen Datenkommunikation und weitere ergänzende Unternehmensdaten (Bankverbindung, Steuernummer etc.).
- (6) Der VG-VERKÄUFER hat sämtliche Veränderungen der in Ziffer (5) aufgeführten Unterlagen während des gesamten Ausschreibungsverfahrens unverzüglich anzuzeigen.
- (7) Ausgehend von den nach Ziffer (5) eingereichten Unterlagen des VG-VERKÄUFERS führt OGT eine Bonitätsprüfung durch und teilt dem VG-VERKÄUFER das Ergebnis der Bonitätsprüfung mit.

Der VG-VERKÄUFER wird grundsätzlich anhand des veröffentlichten Credit Rating der Agenturen Creditreform und Dun & Bradstreet (D&B) (oder einer vergleichbaren Agentur) in eine Risikokategorie wie folgt eingestuft.

Risikokategorie	D&B Risk Indicator	Creditreform Risikoklasse	Präqualifikation
A: geringes Risiko	1 bis 3	I-II	bestanden
B: höheres Risiko	> 3	> II	nicht bestanden

Unter mehreren Credit Ratings/Einstufungen ist das Credit Rating bzw. die Einstufung für die Bestimmung der Risikokategorie maßgeblich, das bzw. die das größte Risiko widerspiegelt.

OGT behält sich eine Umstufung des VG-VERKÄUFERS in eine andere Risikokategorie für den Fall vor, dass sich aus den vom VG-VERKÄUFER eingereichten Jahresabschlussunterlagen eine andere Einschätzung ergeben sollte, als von D&B und/oder

Creditreform mitgeteilt. OGT ist des Weiteren berechtigt, eine Umstufung des VG-VERKÄUFERS in eine andere Risikokategorie während des gesamten Ausschreibungsverfahrens vorzunehmen, soweit dies aufgrund der Anzeige nach Ziffer (6) erforderlich ist. OGT wird dem VG-VERKÄUFER in dem Fall der Umstufung Gelegenheit zu einer kurzfristigen Stellungnahme geben.

Das Kreditrisiko der OGT ergibt sich insbesondere aus den Forderungen nach § 13 des Rahmenvertrages (Haftung).

- (8) Die zur operativen Abwicklung mindestnotwendigen Kommunikationsanforderungen gelten als erfüllt,
- (a) wenn der VG-VERKÄUFER an jedem Werktag über eine zentrale, deutsch- oder englischsprachige Kontaktstelle (Ansprechpartner) erreichbar ist. Die Erreichbarkeit muss telefonisch unter nur einer Telefonnummer und zumindest über einen weiteren Kommunikationsweg (E-Mail oder Telefax) gewährleistet sein und
 - (b) wenn der VG-VERKÄUFER über einen für die Vertragslaufzeit gültigen Bilanzkreis im Marktgebiet GASPOOL verfügt, in den Verbrauchsstellen der OGT als RLM-Ausspeisestellen eingebracht werden können.
- (9) Hat ein VG-VERKÄUFER die Unterlagen gemäß Ziffer (5) vollständig und, sofern ein Zeitpunkt gemäß Ziffer (2) Satz 2 festgelegt worden ist, fristgerecht eingereicht und erfüllt er die Anforderungen der Ziffer (8), erfolgt die Zulassung des VG-VERKÄUFERS zur Ausschreibungs- und Bieterphase und die Zusendung des Rahmenvertrages durch OGT.

Hat der VG-VERKÄUFER die Anforderungen nach vorstehendem Satz nicht erfüllt, teilt OGT dem VG-VERKÄUFER die Ablehnung mit und sendet die eingereichten Unterlagen zurück. OGT wird sich bemühen, dem beantragenden VG-VERKÄUFER innerhalb von zwanzig (20) Werktagen das Ergebnis der Prüfung der Präqualifikation mitzuteilen.

- (10) Falls die Bonität nicht ausreicht, kann dies der VG-VERKÄUFER durch eine angemessene Sicherheitsleistung gewährleisten. Angemessene Sicherheiten sind Garantien oder unwiderrufliche und unbedingte Bürgschaften unter Verzicht auf das Recht der Einrede der Vorausklage und der Einrede der Anfechtbarkeit und der Aufrechenbarkeit (soweit es sich nicht um unstrittige oder rechtskräftig festgestellte Forderungen handelt) und unter Übernahme der Verpflichtung zur Zahlung auf erstes Anfordern. Ein Kreditinstitut, welches diese Sicherheit ausstellt, muss mindestens ein Standard & Poor's Langfrist-Rating von A- bzw. ein Moody's Langfrist-Rating von A3 aufweisen oder dem deutschen Sparkassen- bzw. Genossenschaftssector angehören. Für Unternehmensgarantien und Bürgschaften gilt, dass das Unternehmen, das die Sicherheitsleistung leistet, mindestens ein Standard & Poor's Langfrist-Rating von BBB-, ein Fitch-Rating von minimal BBB-, ein Moody's Langfrist-Rating von Baa3 oder einen Bonitätsindex von Creditreform von mindestens Risikoklasse II oder besser (gemäß Creditreform RatingMap Stand Dezember 2011) aufweisen muss. Zur Festlegung einer angemessenen Sicherheit wird eine Schadenshöhe von EUR 100.000 bis zum Vertragsende angenommen.

Sollte ein VG-VERKÄUFER Sicherheiten zu leisten haben, so hat er diese innerhalb von zehn (10) Werktagen nach der Mitteilung durch OGT des Ergebnisses der Präqualifikationsprüfung einzubringen.

Wird ein die Sicherheit stellendes Kreditinstitut oder Unternehmen von einer der Agenturen dahingehend abgewertet, dass die Voraussetzungen an das Kreditinstitut nach

vorstehendem Satz nicht mehr erfüllt sind, hat OGT das Recht, vom VG-VERKÄUFER einen Austausch der Sicherheit zu verlangen.

OGT behält sich vor, im Falle einer nachträglichen Umstufung des VG-VERKÄUFERS in eine andere Risikokategorie während des Ausschreibungsverfahrens gemäß Ziffer (7), jederzeit andere oder zusätzliche Sicherheiten zur Abdeckung des Kreditrisikos zu verlangen.

Bestehende Sicherheiten sind auf Verlangen des VG-VERKÄUFERS freizugeben, auszutauschen oder zu reduzieren, soweit diese nach Abrechnung ganzer Ordermengen nicht mehr zur Deckung des Kreditrisikos erforderlich sind.

§ 3 Ausschreibungs- und Bieterphase

- (1) Die Ausschreibungs- und Bieterphase beginnt am 10.11.2017 um 15 Uhr MEZ und endet am 17.11.2017 um 12 Uhr MEZ.
- (2) Diese Ausschreibung stellt eine Aufforderung der OGT zur Abgabe eines Angebotes zum Abschluss einer Einzelvereinbarung zum Rahmenvertrag gemäß § 1 Ziffer (2) an den VG-VERKÄUFER dar, die zum Vergabezeitpunkt gemäß § 4 Ziffer (2) eine Zulassung gemäß § 2 Ziffer (9) Satz 1 erhalten haben, und deren Zulassung nicht nachträglich gemäß § 2 Ziffer (3) entzogen worden ist.
- (3) Innerhalb der Ausschreibungs- und Bieterphase nach Ziffer (1) können die gemäß Ziffer (2) genannten VG-VERKÄUFER ein verbindliches Angebot für Verkauf, Lieferung und bilanzielle Abwicklung von Verbrauchsgasmengen abgeben. Die Abgabe eines Angebots erfolgt ausschließlich durch Übersendung eines unterzeichneten Rahmenvertrags sowie einer unterzeichneten Einzelvereinbarung per Email als pdf-Datei oder auf dem Postweg an die in der Einzelvereinbarung genannte Kontaktperson. Nicht innerhalb der Ausschreibungs- und Bieterphase abgegebene oder unvollständige Angebote gelten als nicht abgegeben und werden nicht berücksichtigt.
- (4) Bis zum Ablauf der Ausschreibungs- und Bieterphase kann ein Angebot jederzeit schriftlich geändert oder zurückgenommen werden.
- (5) Der VG-VERKÄUFER kann sowohl Angebote ohne als auch mit der Mindestverbrauchsgasmenge abgeben. Die Mindestverbrauchsgasmenge ist in der Einzelvereinbarung zu benennen. Angebote mit einer von der in § 1 Ziffer (4) Satz 2 genannten abweichenden Mindestverbrauchsgasmenge gelten als nicht abgegeben und werden nicht berücksichtigt.

§ 4 Vergabephase

- (1) Die Vergabephase beginnt mit dem Ende der Ausschreibungs- und Bieterphase und endet spätestens am 24.11.2017 um 18 Uhr MEZ. Während der Vergabephase hat OGT die Möglichkeit zur verbindlichen Annahme durch zugelassene VG-VERKÄUFER in der Ausschreibungs- und Bieterphase abgegebener Angebote.
- (2) Die Auswahl des anzunehmenden Angebots durch OGT erfolgt diskriminierungsfrei und unter Berücksichtigung der Ziele eines zuverlässigen und sicheren Netzbetriebs, der Wahrung wirtschaftlich sensibler Informationen sowie der Wirtschaftlichkeit zum in den Ausschreibungsunterlagen genannten Zeitpunkt (Vergabezeitpunkt). Dabei bildet OGT für die beiden Angebotskategorien ohne und mit der Mindestverbrauchsgasmenge jeweils eine Rangliste auf Basis des durch den VG-VERKÄUFER angebotenen

Preises. Bei Gleichheit der Preise der abgegebenen Angebote entscheidet der Zeitpunkt des Angebotseingangs über die Priorität. Das zeitlich früher eingegangene Angebot wird in diesem Fall vorgezogen. OGT bewertet zum Vergabezeitpunkt das aktuelle Risiko der Nichterreichung der Mindestverbrauchsgasmenge und trifft basierend auf dieser Risikobewertung in Verbindung mit den für die beiden Angebotskategorien ohne und mit der Mindestverbrauchsgasmenge jeweils günstigsten angebotenen Preisen die Entscheidung für das für OGT gesamtwirtschaftlichste Angebot. Der zum Zuge gekommene VG-VERKÄUFER sendet OGT fünf (5) Werktage nach Erhalt der Information gemäß § 5 Ziffer (2) sowohl den in § 3 Ziffer (3) erwähnten unterzeichneten Rahmenvertrag als auch die in § 3 Ziffer (3) erwähnte unterzeichnete Einzelvereinbarung in doppelter Ausführung auf dem Postweg zu. OGT sendet jeweils eine unterschriebene Fassung des Rahmenvertrags und der Einzelvereinbarung zurück.

- (3) Ein Ausschreibungsverfahren endet mit der Annahme eines Angebots durch OGT. Unbeschadet eines Vertragsschlusses sind VG-VERKÄUFER an ihr Angebot gemäß §§ 145, 148 BGB für den Zeitraum der jeweiligen Vergabephase(n), auf die sich ihr Angebot bezieht, gebunden.

§ 5 Informationspflichten

- (1) VG-VERKÄUFER sind verpflichtet, OGT sämtliche Änderungen von für die Zulassung als Bieter gemäß § 2 relevanten Sachverhalten unaufgefordert und unverzüglich vorzulegen.
- (2) OGT informiert VG-VERKÄUFER, die während der Ausschreibungs- und Bieterphase verbindliche Angebote abgegeben haben und diese nicht gemäß § 3 Ziffer (4) geändert oder zurückgenommen haben, über den Ausgang des Ausschreibungsverfahrens in geeigneter Form.
- (3) In Fällen des § 2 Ziffer (3) und des § 8 Ziffer (1) und Ziffer (3) informiert OGT den VG-VERKÄUFER unverzüglich.

§ 6 Vertraulichkeit

- (1) OGT verpflichtet sich, alle während dieses Ausschreibungsverfahrens erhaltenen relevanten Informationen vertraulich zu behandeln. Relevante Informationen sind insbesondere der Inhalt der Angebote der bietenden VG-VERKÄUFER sowie unternehmensbezogene Informationen im Zusammenhang mit dem Durchlaufen der Präqualifikationsphase. § 6 EnWG bleibt unberührt. Offenlegung der relevanten Informationen gegenüber einem verbundenen Unternehmen i.S.d. § 15 AktG ist erlaubt.
- (2) OGT ist berechtigt, die im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens erhaltenen Informationen der VG-VERKÄUFER im Rahmen der Vorschriften der Datenschutzgesetze zu erheben, zu speichern und zu nutzen sowie diese Daten an Dritte weiterzugeben, soweit dies zur ordnungsgemäßen Abwicklung des jeweiligen Verfahrens erforderlich ist.
- (3) Rechte und Pflichten dieser Vorschrift gelten auch für von OGT beauftragte Dritte.
- (4) Die Pflicht zur Einhaltung der Vertraulichkeit endet 30 Monate nach Ablauf des jeweiligen Präqualifikations- oder Ausschreibungsverfahrens.

§ 7 Haftung

Für Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper oder der Gesundheit haftet OGT nach den gesetzlichen Vorschriften. Für sonstige Schäden haftet OGT nur, wenn diese vorsätzlich oder grob fahrlässig durch OGT, einen gesetzlichen Vertreter oder einen Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen verursacht worden sind oder wenn eine schuldhafte Verletzung wesentlicher Pflichten vorliegt. Wesentliche Pflichten sind solche, deren Erfüllung die Durchführung dieser Ausschreibungsbedingungen prägen und auf deren Erfüllung die an der Ausschreibung teilnehmenden VG-VERKÄUFER vertrauen dürfen. Bei der Verletzung wesentlicher Pflichten ist die Haftung auf den typischen vorhersehbaren Schaden begrenzt.

§ 8 Gültigkeit, Kündigung, Änderungen

- (1) Diese VG-AUSSCHREIBUNGSBEDINGUNGEN können jederzeit ohne Angabe von Gründen durch OGT mit Wirkung für die Zukunft geändert werden.
- (2) Für den Fall der zeitlichen Überlappung von Ausschreibungsverfahren gelten die VG-AUSSCHREIBUNGSBEDINGUNGEN die zum Zeitpunkt des Beginns der jeweiligen Verfahrensphase galten.
- (3) OGT ist berechtigt, diese VG-AUSSCHREIBUNGSBEDINGUNGEN mit sofortiger Wirkung zu ändern, soweit eine Änderung erforderlich ist, um einschlägigen Gesetzen, Verordnungen oder rechtsverbindlichen Vorgaben nationaler und internationaler Gerichte und Behörden sowie allgemein anerkannten Regeln der Technik zu entsprechen. Wenn sich für den VG-VERKÄUFER durch Änderungen im Hinblick auf ein laufendes Ausschreibungsverfahren wesentliche wirtschaftliche Nachteile ergeben, dann ist der VG-VERKÄUFER zur Beendigung seiner Teilnahme an diesem Ausschreibungsverfahren berechtigt.

§ 9 Sonstiges

- (1) Diese VG-AUSSCHREIBUNGSBEDINGUNGEN unterliegen deutschem Recht unter Ausschluss des internationalen Privatrechts. Gerichtsstand ist Kassel.
- (2) Für die Teilnahme eines VG-VERKÄUFERS an einem Ausschreibungsverfahren erhebt OGT kein Entgelt. Jeder Verfahrensbeteiligte trägt die ihm im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens entstehenden Kosten selbst.
- (3) Sollten einzelne Bestimmungen dieser VG-AUSSCHREIBUNGSBEDINGUNGEN unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleiben die VG-AUSSCHREIBUNGSBEDINGUNGEN im Übrigen davon unberührt.

§ 10 Definitionen

- (1) Soweit in diesen VG-AUSSCHREIBUNGSBEDINGUNGEN nichts anderes geregelt ist, gelten die in der Kooperationsvereinbarung definierten Begriffe.
- (2) „Kooperationsvereinbarung“ ist die Vereinbarung über die Kooperation gemäß § 20 Abs. 1 b) EnWG zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen in der jeweils gültigen Fassung.

- (3) „Werktag“ sind alle Tage, die kein Sonnabend, Sonntag oder gesetzlicher Feiertag sind. Wenn in einem Bundesland ein Tag als Feiertag ausgewiesen wird, gilt dieser Tag bundesweit als Feiertag. Der 24. Dezember und der 31. Dezember eines jeden Jahres gelten als Feiertage.
- (4) „Mindestverbrauchsgasmenge“ ist die Verbrauchsgasmenge nach § 1 Ziffer (3) Satz 1, die dem VG-VERKÄUFER auch im Falle einer Nichtnutzung innerhalb der Vertragslaufzeit durch OGT nach den Bestimmungen des Rahmenvertrages über den Verkauf, die Lieferung und die bilanzielle Abwicklung von Verbrauchsgasmengen zu vergüten sind, falls eine Mindestverbrauchsgasmenge in der Einzelvereinbarung vereinbart wurde.